



Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Energie, Klima, Umwelt und Verkehr (EKUV/XVII/033/2020)

Sitzungstermin: Dienstag, den 26.05.2020

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 18:39 Uhr

Ort, Raum: Historisches Rathaus, großer Saal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Jochen Kruse

stellv. Vorsitzende/r

Herr Thomas Bruns

Ausschussmitglieder

Herr Jörg Betz

Frau Gudrun Bonow

Herr Sönke Eden

Herr Olav Fricke

Frau Annegret Hahn

Herr Ulf-Fabian Heinrichsdorff

Frau Ursel Nimmrich

Herr Michael Runden

Herr Bruno Schachner

Frau Beate Stammwitz

Herr Michael Weber

beratende Mitglieder

Herr Norbert Bakker

Herr Johann Bartz

Herr Wolfgang Buhr

Herr Claus-Peter Horst

Herr Marc Rapp

Verwaltung

Herr Jürgen Hoffmann

Frau Lena Meyer

Herr Holger Möse

Herr Carsten Schoch

Frau Insa Seiwald

Herr Uwe Vogelsang

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Herr Hans Fricke

entschuldigt

beratende Mitglieder

Herr Thomas Buddenberg

entschuldigt

Herr Hans-Günter Jelting

entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Einwohnerfragestunde zu den zu behandelnden Tagesordnungspunkten
- 3 Genehmigung der Niederschrift des Ausschusses für Energie, Klima, Umwelt und Verkehr vom 26.02.2020 (EKUV/XVII/030/2020)
- 4 Information über die als Eilentscheidung gefassten Beschlüsse
- 5 Projekt FaCit
 - 5.1 Projekt FaCit
 1. Planungsstand Innenstadtring:
 - Anpassung Maßnahmenplan
 - Anpassung Kostenplan
 - Anpassung Zeitplan
 2. Planungsstand Fahrradstation
 3. Projektlogo
 4. Webseite
 - BeschlussVorlage: 2.66/XVII/1493/2020
 - 5.2 Projekt FaCit
 - Antrag der CDU-Fraktion auf Verschiebung der Umsetzung des Projektes FaCit um ein Jahr in 2021
- 6 Kompensation für gefälltete Bäume anderer Behörden auf städtischen Flächen
 - Erarbeitung eines Gestattungsvertrages
 - BeschlussVorlage: 2.61/XVII/1491/2020
- 7 Möglichkeiten der Einrichtung eines Rufbusses für die nicht vom Stadtbus im Takt angefahrenen Gebiete der Stadt Leer
Vorlage: 2.60/XVII/1488/2020
- 8 Abfischung Julianenparkteich und Große Grafte
 - InformationVorlage: 2.61/XVII/1490/2020
- 9 Sachstandsbericht zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes
- 10 Informationen

11 Anfragen

11.1 FaCit: Querungsmöglichkeiten Innenstadtring

11.2 Gestaltung Anrufbus für Mobilitätseingeschränkte

11.3 Bauvorhaben Edzardstr., Ecke Heisfelder Straße

11.4 Ausschilderung Bushaltestellen

11.5 Betriebssystem der Dr.-von-Bruch-Brücke

11.6 Erhebung von Parkgebühren in der Christine-Charlotten-Str. bei Beerdigungen

11.7 Schiefes Wartehäuschen an Bushaltestelle B 436 Bingum

11.8 Parken Ernst-Reuter-Platz

11.9 Parkplatz Jahnstraße, Ecke Bürgermeister-Ehrlenholz-Straße

11.1 Hinweisschilder für das Naherholungsgebiet Westerhammrich
0

12 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

12.1 Lenkungsgruppe Radverkehr

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kruse eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es gab keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

TOP 2 Einwohnerfragestunde zu den zu behandelnden Tagesordnungspunkten

Es wurden keine Fragen gestellt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift des Ausschusses für Energie, Klima, Umwelt und Verkehr vom 26.02.2020 (EKUV/XVII/030/2020)

Herr Kruse merkte an, dass seiner Erinnerung nach in der Sitzung des EKUV am 26.02.20 Herr Heinz Dieter Schmidt Herrn Sönke Eden vertreten hat. Dies sei in der Niederschrift nicht aufgeführt.

Geänderter Beschluss (einstimmig):

Die Niederschrift des Ausschusses für Energie, Klima, Umwelt und Verkehr vom 26.02.2020 (EKUV/XVII/030/2020) wird mit der Ergänzung genehmigt, dass als Vertreter für Herrn Sönke Eden Herr Heinz Dieter Schmidt an der Sitzung teilgenommen hat.

TOP 4 Information über die als Eilentscheidung gefassten Beschlüsse

Herr Schoch informierte darüber, dass wegen der Corona-Pandemie drei den EKUV betreffende Eilentscheidungen im Verwaltungsausschuss getroffen worden seien. Dies sei 1.) die Vereinbarung nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz für den Eisenbahnübergang an der Nessestraße zwischen der Stadt Leer und den Stadtwerken Leer, 2.) die Vergabe des Stadtbusverkehrs ab dem 01.01.2021 an die Firma Jacobs Reisedienst Johannes Jacobs. Hier sei der Ausgang des Vergabenachprüfungsverfahrens fraglich. Als drittes sei die Vergabe der Bauleistungen für den Neubau der Uferpromenade für den Bauabschnitt „Büttner“ bis zum Hafenkopf beschlossen worden.

TOP 5 Projekt FaCit

TOP 5.1 Projekt FaCit 1. Planungsstand Innenstadttring:

- **Anpassung Maßnahmenplan**
 - **Anpassung Kostenplan**
 - **Anpassung Zeitplan**
 - 2. Planungsstand Fahrradstation**
 - 3. Projektlogo**
 - 4. Webseite**
 - **Beschluss**
- Vorlage: 2.66/XVII/1493/2020**

Herr Hoffmann erläuterte die umfangreiche Vorlage ausführlich. Für den Fördermittelgeber sei bei der Bewilligung des Änderungsantrages zum Projekt FaCit entscheidend, dass der gleiche Nutzen für den Radverkehr erreicht werde. Dies sei der Fall, so dass er davon ausgehe, dass der Antrag bewilligt werde. Er merkte zusätzlich an, dass für das Projekt FaCit lediglich dann Bäume gefällt würden, wenn dies unvermeidlich sei. So werde z.B. die sehr große Buche am Ostersteg nicht gefällt, wie es offenbar Gerüchten zufolge behauptet werde. Baubeginn sei frühestens im September 2020. Es werde versucht, den ursprünglichen Zeitplan größtenteils einzuhalten.

Herr Kruse bedankte sich für die gute Arbeit von Herrn Hoffmann. Seines Erachtens habe das Büro PGV grenzwertig gearbeitet, die Planungen lägen vollkommen neben der Realität. Er fragte, ob deshalb eventuell Regressforderungen möglich wären.

Herr Eden schloss sich dieser Aussage für die Gruppe SPD/Die Linke an. Ergänzend merkte er an, dass seine Gruppe ein Verfechter der Zweispurigkeit für den Autoverkehr in der Heisfelder Straße zwischen dem Bummert und der Abbiegespur zum Ostersteg sei.

Herr Hoffmann teilte hierzu mit, dass dieses Teilstück beim Projekt FaCit zunächst bewusst ausgeklammert worden sei, da der Bummert und das angrenzende Teilstück als eigenes Projekt separat behandelt werde. Er wollte dem aktuellen Planungsstand nicht vorgreifen. Tatsache sei jedoch, dass der Südausgang des Bummert, also dieses Teilstück der Heisfelder Straße in Richtung Süd, nur einspurig geführt werden könnte. Die Wünsche seien jedoch bekannt.

Frau Nimmrich dankte im Namen der CDU-Fraktion Herrn Hoffmann ebenfalls für die vollumfängliche Vorlage. Sie drückte ihr Erstaunen hinsichtlich der Möglichkeit aus, die Kosten so weit herunterzurechnen, dass es passt. Bei anderen Projekten, wie z.B. der Mühlenstraße habe es auch Kostensteigerungen gegeben. Die Leistungen des Büros PGV seien „unterirdisch“. Sie kritisierte, dass das Vorzeigeprojekt FaCit nun durch die schlechte Planungsleistung des Büros PVG auf das Minimalste reduziert werde. Dadurch würde für die Stadt Leer statt Moderne nun „Steinzeit“ geschaffen. Sie fragte nach den Kosten für Personal, Beleuchtung, Bushaltestellen und Radstation und kündigte an, dass die CDU-Fraktion wegen der unklaren Kostensituation und der Reduzierung des Projektes auf ein Minimum dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde.

Herr Schachner sagte in Bezug auf die Äußerungen für die CDU-Fraktion, dass die Kosten für das Projekt FaCit nicht „zurechtgestutzt“ worden seien. Durch das Projekt würden alle Verbesserungen umgesetzt werden und dies nicht nur für den Radver-

kehr, sondern auch für Fußgänger. Dies sei positiv. Die Fraktion der Grünen und auch die übrigen Fraktionen seien sehr dankbar und froh, dass Herr Hoffmann das Projekt betreue.

Herr Runden forderte, dass geprüft werde, ob Regressansprüche gegen das Büro PGV möglich seien. Auch er dankte Herrn Hoffmann für die gute Vorlage. Die AWG-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Schachner wandte in Bezug auf das Büro PGV ein, dass nicht alles schlecht sei, was dieses erarbeitet habe. Ohne PGV hätte es das Projekt FaCit in Leer nicht gegeben. Leer hätte PGV auch viel zu verdanken. Auch andere Gutachter hätten nicht immer gute Leistungen erbracht, wie z.B. beim Logaer Weg. Es sei unrealistisch, hier jedes Mal Rückforderungsansprüche zu stellen.

Herr Kruse meinte, dass Herr Schachner mit dieser Ansicht allein dastehe.

Herr Runden trug vor, dass wenn die Stadt für teures Geld ein Gutachten bestelle, auch eine gute Leistung erwarten könnte. Die Planungsbüros hätten für Fehler sicherlich eine Versicherung abgeschlossen.

Auf die Anregung von Herrn Heinrichsdorff, den Teilabschnitt vom Bummert zum Ostersteg bei den Planungen bereits jetzt mit zu berücksichtigen, erwiderte Herr Hoffmann, dass keine Tatsachen geschaffen würden, die unwiederbringlich festgelegt seien. Den Teilabschnitt könnte man daher problemlos später separat behandeln und in Ruhe bearbeiten. An Frau Nimmrich gewandt sagte Herr Hoffmann, dass das Projekt FaCit nicht wie von ihr befürchtet auf ein Minimum reduziert werde, sondern dass lediglich kostengünstigere Varianten umgesetzt würden. Auf den Vorrangstreifen könnten bequem 2 Radfahrer nebeneinander fahren. Auf der Nordseite entfalle der unnötige Bordversatz.

Herr Schachner erkundigte sich danach, wie weit die Planungen für die Fahrradstation seien.

Herr Hoffmann antwortete, dass es eine Vorplanung und eine detaillierte Kostenschätzung bereits seit Ende 2018 gebe. Ein zweistöckiges Gebäude sei geplant. Die Infrastruktur soll jedoch mit dem noch auszuwählenden Betreiber gemeinsam geplant werden. Hierzu werde der EKUV einbezogen.

Herr Schachner fragte, ob der Betreiber bereits Erfahrungen in der Materie haben müsse.

Herr Hoffmann entgegnete, dass dies noch offen sei. Der Betreiber könnte sich auch das nötige Know How einholen. Ziel sei es, eine tolle Fahrradstation zu schaffen.

Frau Nimmrich meinte, dass Herr Hoffmann bewiesen habe, dass er das Projekt „schönrechnen“ könnte. Man müsse aufpassen, dass der Kostenrahmen nicht gesprengt werde.

Herr Hoffmann erwiderte, dass es einen sehr strengen Kostenrahmen gebe, der einzuhalten sei.

Herr Schoch informierte darüber, dass die Entwicklung eines Logos für das Projekt eine Forderung des Fördermittelgebers gewesen sei.

Auf Anfrage von Herrn Betz antwortete Herr Hoffmann, dass für die Aufstellung von Schildern das magentafarbene Logo wegen des größten Kontrastes zu einem grünen Hintergrund verwendet werde. Ansonsten sei z.B. auf Papier die schwarz-weiße Version denkbar. Das Logo soll nur in begrenztem Maße verwendet werden.

Herr Bruns beantragte die getrennte Beschlussfassung über Teil A und B des Beschlussvorschlages.

Beschluss (9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen):

A. Den oben beschriebenen Projektänderungen (Baumaßnahmen Innenstadtring und Bahnhofsring) wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Änderung an Maßnahmen, Zeit- und Kostenplan beim Projektträger zu beantragen. Dabei darf sich der Gesamtkostenrahmen (Eigenanteil der Stadt Leer) nicht erhöhen. Die Kosten- und Einnahmenteile, die sich von den Jahren 2020 und 2021 auf die Jahre 2021 und 2022 verlagern, sollen haushaltstechnisch berücksichtigt werden.

Beschluss (9 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen):

B. Der VA bestätigt, dass das durch Designagentur Projektpartner (dpp) entwickelte Logo zukünftig in der zuvor beschriebenen Funktion (Verwendung für Print, digital, Wegweisung, Marketing, usw.) für das Projekt FaCit verwendet werden darf.

TOP 5.2 Projekt FaCit - Antrag der CDU-Fraktion auf Verschiebung der Umsetzung des Projektes FaCit um ein Jahr in 2021

Frau Nimmrich führte aus, dass der Antrag der CDU-Fraktion auf Verschiebung des Projektes FaCit um ein Jahr zu Beginn der Corona-Krise gestellt worden sei. Beweggrund seien die Bedenken der Kaufmannschaft hinsichtlich der Einnahmeeinbußen wegen der Krise und die befürchtete gleichzeitige Belastung durch das Projekt FaCit gewesen. Aufgrund der heute vorgetragenen Argumente, dass das Projekt wegen der Vorgaben des Fördermittelgebers nicht verschoben werden könnte, habe sich der Antrag inzwischen überholt.

TOP 6 Kompensation für gefälltte Bäume anderer Behörden auf städtischen Flächen - Erarbeitung eines Gestattungsvertrages - Beschluss Vorlage: 2.61/XVII/1491/2020

Herr Schoch nahm Bezug auf die Vorlage und erläuterte diese kurz.

Frau Meyer zeigte eine kurze Präsentation zu diesem Thema. Sie veranschaulichte insbesondere die Situation an der Spriekenborger Straße (beim Hotel Lange) und an der Maiburger Straße (bei der OZ), wo die Fällung von einer größeren Menge von Bäumen bewilligt wurde, gleichzeitig jedoch kein Raum mehr für die geforderte Anzahl von Ersatzpflanzungen zur Verfügung stünde.

Die Präsentation wird mit dem Protokoll im Ratsinformationssystem für die Öffentlichkeit einsehbar hinterlegt.

Herr Bruns erkundigte sich danach, zu welchem Zeitpunkt die Ersatzpflanzungen vorgenommen würden.

Frau Meyer antwortete, dass die Ersatzpflanzungen schnellstmöglich gefordert würden. Dies erfolge entsprechend der Baumschutzsatzung auf Anweisung der Stadt mit einer Fristsetzung. Die Anzahl der zu fällenden Bäume ergäbe sich aus dem Protokoll der jährlich stattfindenden Baumschau. Daraus werde dann die Anzahl der geforderten Ersatzpflanzungen berechnet. Details seien noch im Gestattungsvertrag auszuarbeiten.

Frau Nimmrich fragte nach der Differenz der Anzahl der noch ausstehenden Kompensationspflanzungen, die in der Vorlage genannt worden seien und der in der Präsentation genannten Anzahl.

Frau Meyer erwiderte, dass in einigen Fällen die Ersatzpflanzung noch auf dem gleichen Grundstück stattfinden könnte, auf dem die Bäume gefällt worden seien. Die übrigen Ersatzpflanzungen müssten dann aus Platzgründen jedoch an anderer Stelle gepflanzt werden. Dieser Umstand bedinge die Differenz.

Auf Nachfrage von Herrn Fricke antwortete Frau Meyer, dass nicht immer im Verhältnis 1 zu 1 kompensiert werde, sondern in Abhängigkeit vom Stammumfang. Bei Fällung eines Baumes bis 1,40 m Stammumfang sei ein Laubbaum als Ersatz zu pflanzen. Für jeden weiteren Meter Stammumfang sei jeweils ein weiterer Laubbaum zu pflanzen. Die Art des Baumes werde auch von der Stadt Leer vorgegeben. Hier würden klimaresistente Arten favorisiert.

Beschluss (einstimmig):

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Gestattungsvertrag zu erarbeiten, der die Kompensation für gefällte Bäume anderer Behörden auf städtischen Flächen regelt.

**TOP 7 Möglichkeiten der Einrichtung eines Rufbusses für die nicht vom
Stadtbus im Takt angefahrenen Gebiete der Stadt Leer
Vorlage: 2.60/XVII/1488/2020**

Herr Schoch verwies auf die sehr umfangreiche Vorlage. Diese erläutere die komplizierte Lage vollumfänglich. Es sei ein längerer Planungsvorlauf notwendig. Die unerwartet hohen Kosten für den Anrufbus hätten zu dem Beschluss im VA am 11.12.19 geführt, den Anrufbus nicht zusammen mit den Stadtbuslinien auszuschreiben, sondern stattdessen entweder als Erweiterung des bestehenden Anrufbusses des Landkreises Leer oder über ein Taxiunternehmen zu organisieren und auszuschreiben. Nun seien Gespräche mit dem Landkreis Leer, den verschiedenen Anbietern und dem neuen Stadtbusbetreiber zu führen.

Herr Kruse schlug vor, in der heutigen Sitzung nicht mehr in die Diskussion einzusteigen, sondern die weitere Arbeit der Stadt abzuwarten, um auf der Grundlage von Fakten eine Entscheidung zu fällen. Er lobte die Vorlage als ausführlich und gut.

Herr Schachner erhob hierzu keine Einwände. Er drückte jedoch seine Ernüchterung darüber aus, dass die zu erwartenden Fahrgastzahlen so niedrig seien. Der ÖPNV sollte unbedingt verbessert werden. Hierzu müsse sicherlich in einem größeren Rahmen gedacht und nicht nur das Stadtgebiet von Leer betrachtet werden. In spätestens zwei Jahren sollten alle hierzu notwendig Beteiligten an einen Tisch gebracht werden. Vor diesem Hintergrund würde die Fraktion der Grünen dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Dem Vorschlag von Herrn Kruse, wegen der Berichterstattung im EKUV die Formulierung „halbjährlich“ gegen die Formulierung „in regelmäßigen Abständen“ zu ersetzen, widersprach Frau Nimmrich. Dies sollte so belassen werden.

Beschluss (einstimmig):

Die Verwaltung wird beauftragt, im Dialog mit dem neuen Stadtbusbetreiber, dem Landkreis Leer und weiteren erforderlichen Partnern das ÖPNV-Angebot in und für Leer planerisch weiter zu entwickeln. Unter Berücksichtigung von Kosten und Nutzen sollen dabei die Komponenten Stadtbus, Regionalbus und Rufbus (bedarfsorientierter ÖPNV) integriert betrachtet werden. Zielhorizont ist eine Umsetzung zu Beginn des Schuljahres 2022/23. Die Verwaltung informiert den EKUV halbjährlich über den Fortschritt der Planungen.

TOP 8 Abfischung Julianenparkteich und Große Grafte - Information Vorlage: 2.61/XVII/1490/2020

Herr Schoch berichtete, dass Frau Meyer mitten im Abstimmungsprozess sei und daher der in der Vorlage dargestellte Sachverhalt teilweise überholt sei.

Frau Meyer erläuterte, dass sie mit Fischern und dem Angelsportverein gesprochen hätte und diese ihr aus naturschutzfachlichen Gründen von einer Abfischung des Fischbestandes der beiden Teiche zum jetzigen Zeitpunkt abgeraten hätten. Andere, teilweise geschützte Arten, wie z.B. Amphibien würden dadurch gefährdet. Sie habe deshalb jetzt einen Notfallplan, der beinhalte, im Herbst die Abfischung durchzuführen und nun engmaschig zu überprüfen, wie es den Fischen über die Monate hinweg

geht. Sollte sich die Situation für die Fische dramatisch verschlechtern, werde eine Notabfischung schnell durchgeführt. Die beiden Teiche seien unterschiedlich zu behandeln, da sie sehr verschieden seien. Die Große Grafte in Leerort enthalte wesentlich mehr Schlamm und sei viel flacher.

Herr Schoch teilte ergänzend mit, dass vom Schlamm im Julianenparkteich nun eine Beprobung stattgefunden hätte. Die Belastung des Schlammes werde untersucht. Dies habe Auswirkungen auf die Kosten für die Entsorgung.

TOP 9 Sachstandsbericht zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes

Herr Schoch teilte mit, dass hinsichtlich der Aufgaben des Klimaschutzbeauftragten die Wiederbesetzung der Stelle des Radverkehrsbeauftragten im Oktober 2020 abgewartet werden müsse, da diese neue Mitarbeiterin mit einem Stellenanteil von einem Viertel die Aufgaben des Klimaschutzes wahrnehme.

Das Projekt Ökoprofit sei aufgrund der Corona-Krise derzeit nicht weitergeführt worden, da es sich dabei hauptsächlich um Netzwerkarbeit handele. Er hoffe, dass dies im Herbst wieder anlaufe.

Herr Schoch informierte weiter darüber, dass der Landkreis Leer sich hinsichtlich des Stadtradelns 2020 mit einem Schreiben an die Stadt Leer gewandt habe. Die Aktion soll vom 1. bis zum 21. September 2020 stattfinden. Auch der Landkreis werde wieder dabei sein und biete seinen Kommunen an, diese mit anzumelden und die Anmeldegebühr zu übernehmen. Der Landkreis habe Herrn Anton Scholtalbers als ehrenamtlichen Koordinator für das Stadtradeln in Leer eingesetzt und ihn als Ansprechpartner genannt.

Herr Schachner trug vor, dass die Stadt Leer bisher immer sehr gut beim Stadtradeln abgeschnitten hätte. Dies habe vor allem mit den starken Aktivisten zu tun gehabt. Er hoffe, dass dies auch in diesem Jahr so bleibe.

Herr Schoch entgegnete, dass der Landkreis mit Herrn Scholtalbers einen wichtigen Aktivisten eingesetzt habe. Seines Erachtens sei diese Aktion richtigerweise eine Sache der Zivilgesellschaft und weniger der Stadtverwaltung.

TOP 10 Informationen

Keine.

TOP 11 Anfragen

TOP 11.1 FaCit: Querungsmöglichkeiten Innenstadttring

Herr Schoch trug vor, dass Herr Buddenberg zum Projekt FaCit die schriftliche Anmerkung eingebracht habe, dass die Querungen so geplant und gestaltet werden sollten - wenn die Platzverhältnisse dies zuließen - dass Menschen mit starker Sehbehinderung oder Blinde und Menschen mit Rollatoren oder Rollstühle die geteilte Querung nutzen können. Für Blinde sollte ein tastbares Bord, für Rollatoren und Rollstühle Nullabsenkung des Bordes wie auch bei den Querungen beim Bummert eingeplant werden.

Herr Schoch erwiderte hierzu, dass der Hinweis zur Kenntnis genommen werde und dass alle Planungen der Stadt immer mit dem Behindertenbeirat abgestimmt würden.

TOP 11.2 Gestaltung Anrufbus für Mobilitätseingeschränkte

Herr Schoch wies darauf hin, dass Herr Buddenberg zum Thema Anrufbus eine weitere schriftliche Anmerkung eingebracht habe. Hier sollte bedacht werden, dass Menschen mit einer Mobilitätseinschränkung wie rollstuhlgebundene oder Rollatorbenutzer in den Genuss eines Rufbusses kommen können. Gerade für diese Personengruppen sei es unabdinglich, mit solchen Mitteln von A nach B transportiert werden zu können. Auch in Randgebieten, die nicht vom Stadtbus frequentiert werden, wohnen Menschen mit Mobilitätseinschränkungen.

Herr Schoch nahm auch diesen Hinweis auf, der Anregung werde nachgegangen.

TOP 11.3 Bauvorhaben Edzardstr., Ecke Heisfelder Straße

Herr Bruns erkundigte sich nach dem Bauvorhaben des Unternehmers Terfehr an der Ecke Edzardstraße, Heisfelder Straße. Er bat um nähere Informationen hierzu, insbesondere bezüglich der Kompensation.

Protokollantwort:

Für das Bauvorhaben sind keine städtischen Bäume gefällt worden, so dass auch keine Kompensation notwendig war.

TOP 11.4 Ausschilderung Bushaltestellen

Herr Bruns wies darauf hin, dass an den Bushaltestellen im Stadtgebiet die Ausschilderung der Fahrverbindungen sehr schlecht lesbar sei, da sie sehr klein und unleserlich sei.

Herr Schoch nahm den Hinweis auf. Derzeit würden auch die Namen der Bushaltestellen überprüft und für die Zukunft geändert. So gebe es z.B. die Bushaltestelle „Unkel“, obwohl das Geschäft seit vielen Jahren nicht mehr existiere.

TOP 11.5 Betriebssystem der Dr.-von-Bruch-Brücke

Frau Stammwitz wies darauf hin, dass der Funkverkehr der Boote an der Jann-Berghaus-Brücke durch das veraltete Betriebssystem gestört werde. Dies sollte angepasst werden, um Abhilfe zu schaffen.

Herr Hoffmann entgegnete, dass hierzu noch interne Abstimmungen liefen, die bisher durch Krankheit bzw. Urlaubszeiten länger gedauert hätten. Das Thema sei in Arbeit.

TOP 11.6 Erhebung von Parkgebühren in der Christine-Charlotten-Str. bei Beerdigungen

Frau Stammwitz regte an, in der Christine-Charlotten-Straße während der Gedenkgottesdienste bei Beerdigungen auf die Kontrolle der Parkuhren zu verzichten, damit die Besucher der Gottesdienste für das Parken nicht bezahlen müssen.

Herr Schoch antwortete, dass die Parkraumbewirtschaftung dort bewusst eingeführt worden sei, um das Dauerparken zu verhindern. Ansonsten würden die Parkplätze von den Besuchern oder dem Personal des Klinikums besetzt, so dass keine Parkplätze für Besucher von Beerdigungen mehr frei wären.

TOP 11.7 Schiefes Wartehäuschen an Bushaltestelle B 436 Bingum

Herr Eden erkundigte sich nach der Standsicherheit des Buswartehäuschens an der B 436 in Bingum, welches sehr schief stehe und umzufallen drohe.

Herr Hoffmann antwortete, dass er kürzlich eine Presseanfrage dazu beantwortet habe. Das Häuschen sei vom Gebäudemanagement auf seine Standsicherheit überprüft und für sicher befunden worden. Es sei in den 70er- oder 80er-Jahren auf diese Weise gebaut worden. Mittelfristig werde dieses nicht barrierefreie Häuschen durch ein moderneres an anderer Stelle ersetzt.

TOP 11.8 Parken Ernst-Reuter-Platz

Herr Betz fragte an, ob das Parken auf dem Ernst-Reuter-Platz am Samstag und Sonntag wieder erlaubt werden könnte.

Herr Schoch verneinte dies. Es habe hierzu eine Vorlage gegeben, die das Parkverbot detailliert begründe und rechtfertige. Die Erfahrung habe gezeigt, dass die Autofahrer sich nicht an die Parkzeiten hielten, so dass es immer wieder Probleme mit dem Wochenmarkt gegeben habe, so dass Autos abgeschleppt werden mussten.

TOP 11.9 Parkplatz Jahnstraße, Ecke Bürgermeister-Ehrlenholz-Straße

Frau Bonow erkundigte sich nach dem Sachstand zum Parkplatz an der Jahnstraße, Ecke Bürgermeister-Ehrlenholz-Straße.

Protokollantwort:

Ein Bußgeldverfahren wegen Verstoßes gegen die Baumschutzsatzung wurde gegen den Pächter der Parkfläche begonnen. Nach dem Anhörungsschreiben vom 13.05.20 hat dieser schriftlich erklärt, die von der Stadt Leer geforderten Maßnahmen in enger Abstimmung mit Herrn Klöver nunmehr umgehend umzusetzen. Hierzu hat inzwischen ein Treffen des beauftragten Gartenbauunternehmens mit Herrn Klöver vor Ort stattgefunden. Die Stadt wartet den Juni 2020 ab, ob die Maßnahmen nun tatsächlich umgesetzt werden. Sollte dies nicht erfolgen, wird ein Bußgeld festgesetzt.

TOP 11.10 Hinweisschilder für das Naherholungsgebiet Westerhammrich

Frau Bonow regte an, für das wunderschöne Naherholungsgebiet des Westerhammrichs Hinweisschilder aufzustellen, die darauf aufmerksam machen.

Herr Schoch nahm die Anregung zur näheren Prüfung entgegen.

TOP 12 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

TOP 12.1 Lenkungsgruppe Radverkehr

Frau Fink-Trudrung bat um Auskunft, wann die Lenkungsgruppe Radverkehr wieder eingesetzt werde. Sie bedauere, dass der ADFC nicht während der Planungen vom Projekt FaCit beteiligt worden sei. Sie wünsche sich, dass mit einer Lenkungsgruppe für den Radverkehr erneut der ADFC etwas zu den verschiedenen Radverkehrs-Projekten beitragen könne.

Herr Hoffmann erwiderte, dass generell gewünscht und auch geplant gewesen sei, dass sich Dritte an den Projekten beteiligen. Nun müsse zunächst abgewartet werden, wann der Fördermittelgeber dem Änderungsantrag zustimme. Danach werde die Lenkungsgruppe wieder eingerichtet.

Da keine weiteren Einwohnerfragen gestellt wurden, beendete Herr Kruse den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:33 Uhr. Die Zuhörerinnen und Zuhörer verließen den Saal. Dann wurde der nicht öffentliche Teil der Sitzung eröffnet.

gez. Jochen Kruse

Vorsitzende/r

gez. Beatrix Kuhl

Bürgermeisterin

gez. Insa Seiwald

Protokollführer/in

F.d.R.:

Protokollführer/in